

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Sächs. Staatsb. Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, F.-O. Dresden.
Verl. Kumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unter-
schreibungsliste: 2 Mark, halbjährlich 3 Mark, einjährig 5 Mark.
Telegraphisch: Dresden Nr. 1268

Verkaufspreis: 10 Pfennig. Sonntags 15 Pfennig.
Einzelposten: 10 Pfennig. Sonntags 15 Pfennig.
Einzelposten: 10 Pfennig. Sonntags 15 Pfennig.

Abonnementspreis: 3 Mark. Sonntags 4 Mark.
Einzelposten: 10 Pfennig. Sonntags 15 Pfennig.

Nr. 288

Dresden, Montag den 12. Dezember 1927

38. Jahrg.

Verständigung im Ostkonflikt

Unmittelbare Einigungsverhandlungen zwischen Polen und Litauen — Abbau des Kriegszustandes

T. Genf, 12. Dezember. (Ein. Funkpr.)

Am Sonntagabend ist es in den späten Abendstunden nach
unbevorzugten Verhandlungen endlich gelungen, eine gewisse

Verständigung über den litauisch-polnischen Konflikt

zu erreichen. Abends 10 1/2 Uhr trat der Rat zusammen, um eine
entscheidende anzunehmen, die inhaltlich darauf hinausläuft, den
Weg zur direkten Verhandlung über die Wiederannahme der Be-
ziehungen zwischen Polen und Litauen zu öffnen. Der Kriegszustand
wird als unvereinbar mit den Grundgesetzen des Völker-
rechts erklärt. Dafür behält sich Litauen seine Rechtsansprüche
auf Wilna vor.

Der Bericht über den Gang der Verhandlungen erstattete
S. von Blootland. Er heißt vor allem fest-
stellen, dass die polnische Außenminister die Unabhängigkeit und den
Widerstand Litauens in allen Verhandlungen immer wieder anerkannt
habe und jeden Gedanken einer Einmischung in die inneren Ver-
hältnisse Litauens wiederholt von sich wies. Andererseits habe
Litauen betont, dass die Wiederannahme der Beziehungen
mit Polen davon abhängt, dass der Begriff „Kriegszustand“
aufgehoben wird und die normalen Beziehungen wiederhergestellt
werden. Die litauischen Widerstände wurden
dem Völkerbundverfahren behandelt werden. Eine Kontroll-
kommission erscheint nicht notwendig. Der Völkerbundrat schloß
die Verhandlungen mit einem Dank für Jaksis und Woldemaras.
Der polnische Außenminister Jaksis ergriff dann das
Wort, um seine Freude über die Verständigung zu bekunden und
schließlich unter allgemeiner Begeisterung auch noch
Woldemaras seinen Dank auszusprechen. Der litauische
Vizepräsident Woldemaras wiederum schloß sich dem Dank
Jaksis an und sprach einige freundliche Worte an die Adresse

Polens. Die Erzielung der Einigung sei nur ein erster
Schritt. Er hoffe aber, daß die Fortsetzung leichter sein würde,
als der Anfang. Als dann der Vorsitzende die Sitzung gegen
11 Uhr abends nach 20 Minuten längerer Dauer schloß, atmte alles
erleichtert auf.

Am Sonntag empfangen Woldemaras und Jaksis die Ver-
treter der Presse, um die Entschiedenheit des Völkerbundes zu er-
läutern. Der Pole bezeichnet das Ergebnis als einen großen
Erfolg für beide Teile und darüber hinaus für ganz Osteuropa. Pro-
fisch würde in dem Verhältnis der beiden Länder zueinander bis
auf weiteres allerdings nichts geändert. Immerhin wurde die
Aufnahme der direkten Verhandlungen bereits am Sonntag durch

eine Aussprache Jaksis mit Woldemaras

eingeleitet. Es wurde vereinbart, daß Woldemaras nach in diesem
Monat seine Vorkläufe über die Wiederannahme der Beziehungen
unterbreite, dann sollen Verhandlungen im Januar in Venedig
mündliche Verhandlungen geführt werden. Sollte es dabei an
Zustimmungen kommen, ist es nicht unmöglich, daß der
Völkerbundrat des Völkerbundes zur Vermittlung angerufen wird.

Am Montag befaßte sich der Völkerbundrat nun mit der
Sanktionsangelegenheit und dem Streit um die Wejstlandplatte.

T. Genf, 12. Dezember. (Ein. Funkpr.) Der fran-
zösische Außenminister Briand hat dem deutschen Außenminister
Stresemann am Sonntag einen mehr als einseitigen An-
schreibebrief geschickt. Am Verlauf der Unterhaltung wurden
mehrere Deutschland und Frankreich betreffende Fragen
behandelt.

Fragen des Südostens

Wenn man vor dem Kriege den Durchschnittsdeutschen
die Balkanfrage reden hörte, so enthielt sich ein Wissen
es die Vorkläufe der damaligen Zeit lieferten. Das
„antiken“ waren die Wagnervölker, die „Schlawiner“. Das
ist keine Kluge geben und denen im Grunde anzuwenden
ist, wenn sie sich gegenseitig die Köpfe emfinden.
Es ist auf dem Balkan ein geschichtlicher Prozess abgelaufen,
der geschichtslose Nationen sich zu nationalen Völkern
durchdringen und ihre nationale Revolution vollziehen.
Wie kam es dazu? Wer sprach davon? Wer sprach darüber?
Wie kam es zu ein Balkankrieg, der dafür als furioser Krieg
gilt: wie kann man dem Balkan politisch-historische Studien
machen? Lehnt sich denn das?

Das mangelnde Verständnis der Mittelmächte für die
Balkanvölker ist ein Teil der Kriegsverursachen. Die falsche
Einschätzung der Balkankräfte ist eine der Ursachen des
osteuropäischen Zusammenbruchs. Seitdem es ein
Balkankrieg, hat man endlich auch in Deutschland an-
gefangen, die Balkanvölker ernst zu nehmen und wichtiger
zu beurteilen. Ein erfreuliches Zeichen dafür ist das Buch
„Die Balkanvölker“ von Tschernin: „Das jugoslawische Pro-
blem“ (Verlag S. Mittler u. Sohn, Berlin.) Der Ver-
fasser ist ein deutscher General und schreibt als solcher Tra-
ditionen und sehr gelegentlich. Im ganzen handelt es sich
aber um das Buch eines Betrachters, der ohne Vorurteil und
mit offenen Augen an sein Thema herangeht. Er bejaht
überhaupt die Frage, ob eine stärkere Staatsidee hinter dem
Völkerbund des Völkerbundes steht, und erkennt auch als
Kritik der Leistungen des serbischen Heeres der Vergangen-
heit wie der Gegenwart hochachtungsvoll an. Nach dem ge-
schichtlichen Abriss kommt er auf die außenpolitische
Situation Jugoslawiens, die sich namentlich in
den letzten Monaten immer gefährlicher entwickelt hat.
Mit Mussolini ans Ruder gekommen ist, betreibt das furcht-
bar gegen Südslawien. Es hat mit Rumänien zu
zwecken einen Freundschaftsvertrag geschlossen, es wehrt
sich gegen den Angriff gegen den südslawischen Nachbar, der
den den Ausweg zur Adria versperrt, wachzuhalten. Es
kennzeichnet die bulgarische Wandenbewegung in Waga-

donien, und den wirtschaftlichen Verträgen mit Albanien
ist jetzt das italienisch-albanische Militärabkommen gefolgt
womit Albanien zum Sprüngholz des italienischen Im-
perialismus nach Osten wird.

Tschernin unterdrückt Frankreichs Sympathien für Jugoslawien nicht, glaubt aber nicht an eine praktische Hilfe, die
dem neuen Staat im Kriegsfall zuteil werden könnte. Ju-
goslawien wurde der französisch-jugoslawische Schutzvertrag
geschlossen, der die außenpolitische Situation Serbiens so weit
verbessert, als es Kriegsverträge überhaupt vermögen. Da-
mit erhöht Tschernins Skizze in diesem Punkte eine nicht un-
wesentliche Korrektur. Er übergeht auch einige Möglich-
keiten, die Balkankräfte durch großzügige Politik zu lösen. So
erklärt das albanische Problem sofort eine Klärung,
wenn sich der Völkerbund dazu aufraffen könnte, Al-
banien unter seine Kontrolle und Leitung, unter sein Protek-
torat zu stellen, und es damit den Spekulationen und den
Rivalen der Adriamächte zu entziehen. Der macedo-
nische Gegenfessel könnte durch eine macedonische Auto-
nomie (und entsprechende Grenzberichtigungen zur Ver-
meidung Bulgariens) entwirrt werden. Das Weitergehende
wäre die Lösung, die die Sozialisten der Balkanländer an-
streben: der Balkanbund. Aber das alles liegt voraus,
nach dem europäischen Großmächte von menschlicher Vernunft,
nicht von den Interessen ihrer Kapitalisten, Imperialisten
und Rüstungsspekulanten geleitet würden. Und so mag es
denn noch eine Weile dauern und mag vielleicht noch munda-
blutiger Wehre bedürfen, ehe die Großen unter Kontinentals
den Kleinen Brüdern im Südosten die Wege zu ihrer Ret-
tung erleichtern.

Tschernin fehlt es nicht am kritischen Blick für „die alte
egoistische Expansionspolitik der Großmächte“, und er gibt
zu, daß auch Deutschland nicht immer das nötige Verständ-
nis bewiesen hat. Seine Studien, wie er die Darlegungen
seines Buches schließt nennt, führen ihn zu dem Glauben,
daß sich angesichts der „Tätigkeit der serbischen Masse“
Jugoslawien als Vormacht der Balkanvölker behaupten werde
und daß es darum für Deutschland wünschenswert sei, ein
gutes Verhältnis des deutschen Industriestaates zum agrar-
ischen S.E.S.-Staat zu schaffen und zu sichern. Vorläufig
hält es die deutsche Außenpolitik halb und halb mit
Mussolini ...
R. G.

Elsässischer Autonomismus und europäischer Friede

Von Hermann Wendel

Dieser Artikel enthält den Eindruck einer Reise
durch Elsass-Lothringen. Er gibt gleichzeitig den
Standpunkt unserer elsässischen und französischen
Parteilisten wieder.

Das Verbot der autonomistischen Wähler **Wahrheit**.
Zukunft und Volkstimme, die Ankündigung eines
Autonomiegesetzes gegen die Autonomisten (die Selbstver-
waltung forderten) durch Poincaré, die Drohungen des
neuen Grafen vom Oberrhein gegen diesen gefährlichen, ab-
schleichen und verdrängenden Feldzug, die Verhaftungen
der Hoffe, Paumann, Kohler — all das zeigt, daß
wohl angelegte der nächsten Kammerwahlen, die Pariser
Regierung gegen die elsässische Heimatsbewegung zu dem
Kampfbündel: Knüttel aus dem Taal ihre Zuflucht nimmt.
Wenn die Parteien der Linken im Elsass, nicht zuletzt die
Sozialisten, diesen Unterdrückungsmaßnahmen kein Veto
entgegenstellen, sondern die Regierung im Kampf gegen
den Autonomismus unterstützen, mag das im ersten
Augenblick keines Befremden erregen, aber den Tingen an
den Grund gehen, heißt die Haltung unter Straßburger und
Mülhauser Parteifreunde zum mindesten verstehen.

Ein Irrtum ist es nämlich, die Sprachenfrage
in den Mittelpunkt des Problems zu rücken. Wohl ist die
französisch atmende Verwaltung in einem Lande mit 65 Pro-
zent deutsch sprechender Bevölkerung eine Quelle des Unge-
nügens, aber die Verteidigung der elsässischen Mundart und
der deutschen Schriftsprache ist eine gemeinsame Angelegen-
heit aller Elsässer, bei der die Sozialisten mit ihrer deutsch
erscheinenden freien Presse den andern politischen Gruppen
in nichts nachgeben. Selbst Poincaré beteuert in seinem
soeben veröffentlichten Brief an den Abgeordneten **Selb**,
daß es der Regierung fern liege, die deutsche Sprache unter-
drücken zu wollen; vielleicht wäre sogar auf dem Gebiet der
Sicherung des Deutschen ohne die autonomistische Bewegung
schon mehr erreicht worden. Aber wenn die Heimatsbündler
den Schutz der Muttersprache auf ihre Fahnen schreiben, birgt
sich hinter dieser Forderung etwas ganz anderes: die Wahrhaft
der Vorkämpfer der Kirche. Manden Elementen ist es
ein Greuel, daß 1918 das „katholische Elsass“ einem „atheisti-
schen Staat“ einverleibt wurde; ihr ganzes Denken und
Trachten zielt darauf ab, dem Lande die verhasste Fremdege-
gebung fernzuhalten. Ja, hier und da gibt der elsässische
Klerikalismus, soweit er sich autonomistisch gebildet, als
Stoßtrupp, der auch im übrigen Frankreich die Trennung
von Kirche und Staat über den Haufen rennen soll. Auf
jeden Fall ist in ihrem Kern die autonomistische Bewegung
weniger ein Widerstand des „Deutichums“ gegen
„Verwelschung“ als ein Kampf der Kirche gegen den
Staat, gegen die „Reimaurerpolitik“. Schon das erklärt,
warum alle wahrhaft demokratisch gerichteten Schichten, dar-
unter die Sozialisten, diese Bestrebungen mehr als skeptisch
betrachten.

Überdies vermag sich auch der überzeugteste Anhänger
weitgehender Pressefreiheit nicht mit gutem Gewissen für ein
Wort wie die **Wahrheit** ins Zeug zu legen. Ihr Heraus-
geber, Korn von Pulach, entflammt einer elsässischen
Junkerfamilie, die in der deutschen Zeit den elsässischen Junker
nicht nur abgesehen hat, wie sie sich räubern und spüden;
als der Sohn des Stallhalters, Alexander Prinz v. S.ohen-
lohe, einmal bei den Pulachs zur Jagd weilte, staunte er,
daß mit den Treibern und Treiberinnen in einem Ton un-
gehörig wurde, wie er größer und menschenunwürdiger
auch auf pommerischen oder schlesischen Rittergütern nicht an-
geschlagen werden konnte. In diesen Überlieferungen auf-
gewachsen, deshalb ein Hüter der bürgerlichen Demokratie,
hat Klaus von Pulach in seinem höchst feudalen Lebenswende-
schon manchen materiellen und moralischen Konflikt gemacht:
halb aus dem Geisse, ist er ganz aus dem Häuschen. Daß das
Partier Kriegsministerium es vor etlichen Jahren ablehnte,
den unter Kuratel stehenden in ein Kavallerieregiment zu
übernehmen, trieb ihm die Galle ins Blut, so daß er sich in
der Wahrheit nach Herzenslust ausschimpfte. Seit Deutsch-
land sich der Falkenkreuzer erfreut, hat es Treibererkenntnisse
von beschämend niedrigem Niveau; ein Platz von dem Tief-
stand der Wahrheit kennt Deutschland gleichwohl nicht. Ohne
den Schimmer eines politischen Gedankens enthielt sie nichts
als eintönigste, blödeste, geistloseste, ekelregende Be-
schimpfung der Franzosen als eines degenerierten
Volkes von Jubältern und Schiebern, deren ganze Kultur ein
stinkender Misthaufen sei und die sich das Elsass nur an-
geeeignet hätten, um es gründlich auszuplündern. Da das
Wort auch mit handfesten Belegausdrücken nicht sparte —
„Ihr Panzer, dengelt eure Senfen! Ihr Arbeiter, schneit
eure Knippen!“ —, schien die Langmut von Behörden be-
wundernswert, die nicht einmal daran dachten, diesen Seiden
auf seinen Geisteszustand unterziehen zu lassen, und nur
jägernd ein Strafverfahren gegen ihn einleiteten.

Sind auch Politiker der Linken der Auffassung, daß ge-
rade ein unautoritärer, demokratischer Staat seine Autori-
tät gegen solche Tollhändlerereien wahren müsse, da sonst ein
den stramme preussische Recht gewöhnliche Bevölkerung wie
die des Elsass an ihm irre werde, so bestimmten weit mehr
internationale Gründe die Haltung der Sozialisten. Es ist
keine leere Phrase, wenn Poincaré in seinem Schreiben

Nachwahlen in Mecklenburg

D. Berlin, 12. Dezember. (Ein. Funk.) Am Sonntag
finden in Mecklenburg in zwei Kreisen die Nachwahlen
zum Landtag statt. Die Hauptwahlen zum Landtag waren
hier wegen geschlicher Wahlbeschränkung für ungültig er-
klärt worden. In den beiden Bezirken fehlten den Demo-
kraten bisher sechs Stimmen an einem Mandat. Da die
demokratische Liste einen Zuwachs von 65 Stimmen zu ver-
zeichnen hatte, ist das zweite Mandat jetzt gesichert. Poli-
tisch hat das insofern Bedeutung, als die Regierung in Zu-
kunft von 52 Eigen im Landtag über 25 verfügt, während
sie bisher immer auf die Unterstützung der einen oder der
anderen Seite oder auf Zufallsmehrheiten angewiesen war.

Sozialistische Fraueninternationale

Tagung der Exekutive

Wien, 10. Dezember. Die Tagung der Internationalen
Sozialistischen Frauenexekutive wurde im Danubial des Rai-
hauses durch Genossin Juchacz aus Berlin eröffnet. Genossin
Koch, Wien, machte längere Ausführungen über das
Zustandkommen der Frauenexekutive der Internationalen, die an-
schließend mit großen Begeisterungen zu Äußerungen über das
jetzt bereit sein. Zur Wahl des Präsidiums wurde von belgi-
scher Seite beantragt, daß die vorläufigen Mitglieder des Prä-
sidiums ihre Tätigkeit bis zu dem nächsten Zusammentritt der
Internationalen weiter ausüben sollen, und daß eine französische
Vertreterin ins Präsidium aufgenommen wird. Der erste Teil
des Programms wurde abgelehnt, der zweite juristisch. Die Ver-
handlungen dauern fort.